



Auszüge aus dem

Lagebericht

für das Geschäftsjahr 2017

gemäß § 10 Absatz 1 der LUBW-Satzung



Baden-Württemberg

1	GESCHÄFT UND RAHMENBEDINGUNGEN	3
1.1	Gesetzliche Grundlagen	3
1.2	Unternehmensstruktur	3
1.3	Wirtschaftliches Umfeld	3
1.4	Arbeitsschwerpunkte	4
1.5	Personal	8
2	ERTRAGSLAGE	9
3	FINANZLAGE	10
4	VERMÖGENSLAGE	10
5	BERICHT ZU CHANCEN UND RISIKEN	12
6	PROGNOSEBERICHT	13

1 GESCHÄFT UND RAHMENBEDINGUNGEN

1.1 Gesetzliche Grundlagen

Durch das „Gesetz zur Vereinigung der Landesanstalt für Umweltschutz Baden-Württemberg und der UMEG, Zentrum für Umweltmessungen, Umwelterhebungen und Gerätesicherheit Baden-Württemberg“ wurden die beiden Einrichtungen zum 1. Januar 2006 zur LUBW Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg fusioniert. Durch das „Gesetz zur Änderung des Naturschutzgesetzes und weiterer Vorschriften“ vom 21. November 2017 wurde das „Gesetz zur Schaffung der Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg“ mit Wirkung vom 01.12.2017 geändert. Dabei wurde die „Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg“ in „Landesanstalt für Umwelt Baden-Württemberg“ umbenannt. Die bisherige Kurzbezeichnung LUBW wird beibehalten.

Die Aufgaben der LUBW sind in § 2 des Gesetzes zur Schaffung der Landesanstalt für Umwelt Baden-Württemberg (LUBWG) geregelt und werden in § 1 der Satzung aufgefächert. Die LUBW unterstützt die Landesregierung in Fragen des Umwelt-, des Natur- und des Strahlenschutzes, des technischen Arbeitsschutzes sowie der Anlagensicherheit und der Produktsicherheit. Zu den Aufgaben der LUBW gehören neben der Vollzugsunterstützung auch gutachterliche und konzeptionelle Tätigkeiten.

1.2 Unternehmensstruktur

Seit 2010 ist die LUBW in die sechs Abteilungen Zentrale Dienste, Nachhaltigkeit und Naturschutz, Technischer Umweltschutz, Wasser, Informationstechnisches Zentrum Umwelt sowie Messtechnik und Analytik mit insgesamt 26 Referaten gegliedert.

Die notwendigen Regelungen der Geschäftsordnung sind im LUBW-Handbuch dargelegt. Es schafft klare Strukturen und gibt für die vorhandenen Managementsysteme – Umweltmanagement, Qualitätsmanagement, Gesundheitsschutz und Arbeitssicherheit, Leitlinien für Informationssicherheit in der LUBW sowie Risikomanagement – einen einheitlichen Rahmen vor. Das Handbuch ist über das Intranet der LUBW für alle Beschäftigten jederzeit aktuell verfügbar.

1.3 Wirtschaftliches Umfeld

Aufgrund der positiven wirtschaftlichen Entwicklungen sowohl in den Industrie- als auch in den Schwellenländern erreichte die Weltwirtschaft 2017 voraussichtlich einen realen Zuwachs von 3,7 % (Vorjahr 3,2 %). Hauptursache hierfür war der Anstieg der Rohstoffpreise, der negative Effekte, die aus einer Vielzahl politischer Risiken resultierten, überlagerte. Auch die Wirtschaft der Europäischen Währungsunion partizipierte an dem allgemein guten weltwirtschaftlichen Umfeld und zeigte mit einem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von rund 2,5 % eine deutliche Verbesserung gegenüber dem Jahr 2016. Diese Entwicklung wurde durch die niedrigen Inflationsraten und der weiterhin anhaltend expansiven Geldpolitik der Europäischen Zentralbank begünstigt.

Die deutsche Wirtschaft befand sich, wie bereits in den letzten acht Jahren, auf einem soliden Wachstumskurs. Das Bruttoinlandsprodukt ist nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamts im Jahr 2017 preisbereinigt um 2,2 % gegenüber dem Vorjahr angestiegen. Auch im Jahr 2017 war der Hauptmotor der gesamtwirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung die Inlandsnachfrage. Insbesondere die gestiegenen privaten Konsumausgaben und die Bruttoinvestitionen insgesamt trugen hierzu maßgeblich bei. Weitere positive Wachstumsimpulse ergaben sich, wenn auch nur unterdurchschnittlich, durch gestiegene Konsumausgaben der öffentlichen Hand. Insgesamt ist die Bruttowertschöpfung in nahezu allen Wirtschaftsbereichen gestiegen. Der Außenbeitrag, also die Differenz zwischen Export (+ 6,2 %) und Import (+ 8,3 %) beträgt 245 Milliarden Euro; damit ist erstmals seit dem Jahr 2009 ein Rückgang des deutschen Handelsbilanzüberschusses zu verzeichnen.

Im Jahr 2017 stieg die Zahl der Erwerbstätigen um 1,5 %; dem gegenüber sank die Zahl der Erwerbslosen um 4,5 %; die Erwerbslosenquote sank von 3,9 % auf 3,7 %.

Die gesamtstaatlichen Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) erhöhten sich für das Jahr 2017 im Vergleich zu 2016 insgesamt um 4,1 %. Die dem Land Baden-Württemberg nach der Verteilung der Steuern auf Bund, Länder und Gemeinden zustehenden kassenmäßigen Steuereinnahmen stiegen um 3,5 %.

Die wirtschaftliche Entwicklung und die Entwicklung der Steuereinnahmen hatten keinen direkten Einfluss auf das Basiskapital der LUBW. Die Einlagen des Landes in das Basiskapital betrugen TEUR 17.222,3. Als zweckgebundene sonstige Einlagen des Landes erhielt die LUBW TEUR 11.954,2. Zusammen mit Erträgen von TEUR 5.254,5 und Naturalzuschüssen von TEUR 27.260,4 standen der LUBW insgesamt Deckungsmittel von TEUR 61.691,4 zur Verfügung. Die Aufgaben des Jahresarbeitsprogramms konnten im geplanten Umfang umgesetzt werden. Dabei wurden die zusätzlichen politischen Schwerpunkte der Landesregierung weitgehend berücksichtigt.

1.4 Arbeitsschwerpunkte

Im Jahresarbeitsprogramm sind die zu erledigenden Aufgaben im Wesentlichen dokumentiert. In den Quartalsberichten wird über den Erfüllungsgrad regelmäßig informiert. Einige thematische Schwerpunkte sind nachfolgend aufgeführt.

Auch 2017 stand das Thema Luftreinhaltung im Fokus von Politik und Öffentlichkeit – nicht zuletzt durch den Diesellabgas-Skandal, Verwaltungsgerichtsprozesse und die Diskussion um Fahrverbote und den Feinstaubalarm Stuttgart. Die LUBW hat ihren Internetauftritt im Bereich Luft komplett überarbeitet und nutzerfreundlicher umgestaltet. Zahlreiche Messdaten und Ergebnisberichte aus dem Luftmessnetz sind damit noch leichter zugänglich. Für die Ministerien hat die LUBW zahlreiche Auswertungen durchgeführt sowie Fachfragen und Bürgeranfragen beantwortet.

Bis Ende 2017 wurden im Luftmessnetz 40 neue kontinuierliche Staubmessgeräte eingebaut. Gleichzeitig wurden auch Stationen umgerüstet, die bisher nicht mit kontinuierlichen Staubmessgeräten bestückt waren. Damit werden die Voraussetzungen für eine tägliche Datenlieferung von kontinuierlichen Feinstaubwerten

verkehrsnaher Stationen geschaffen. Das Sondermessprogramm zur Erfassung von Stickstoffdioxid (NO₂) und Feinstaub an fünf hochbelasteten Straßenabschnitten in Stuttgart wurde bis Ende 2018 verlängert.

Als Teil des Qualitätsmanagements in der LUBW fand im Jahr 2017 im Bereich Immission der akkreditierten Messstelle ein Überwachungsaudit der DAkkS statt; die Kompetenz zur Messung von Immissionen wurde bestätigt, so dass die Akkreditierung beibehalten werden kann.

Die LUBW begleitete 2017 messtechnisch insgesamt fünf Castor-Transporte mit 15 Brennelementbehältern auf dem Neckar. Die abgebrannten Brennelemente aus dem im Rückbau befindlichen Kernkraftwerk Obrigheim (KWO) wurden per Spezialschiff ins Zwischenlager des Kernkraftwerks Neckarwestheim (GKN) transportiert. Die Messergebnisse wurden in Echtzeit für die Öffentlichkeit auf einer eigens dafür eingerichteten Internetseite verfügbar gemacht. Die Ergebnisse der von der LUBW begleitend durchgeführten Strahlenschutzmessungen lagen durchgehend im unauffälligen Bereich.

Als Beitrag zur Vollzugsunterstützung wirkte die Kompetenzstelle Arbeitsschutz 2017 bei zahlreichen Fort- und Weiterbildungen für untere Verwaltungsbehörden und Regierungspräsidien zu aktuellen Themen mit. Das Projekt „Benzolbelastung in landwirtschaftlichen Reparaturwerkstätten“ des Arbeitskreises der Ländermessstellen für chemischen Arbeitsschutz wurde abgeschlossen.

Beim Thema Invasive Arten war die LUBW an der Erstellung der Maßnahmenblätter gemäß § 40 e BNatSchG beteiligt. Die im Gesetz geforderte Öffentlichkeitsbeteiligung zu den Maßnahmenblättern – künftig eine regelmäßige Aufgabe der LUBW – startet Anfang 2018.

Im Juli 2017 wurde der erste „Monitoring-Bericht zum Klimaschutzgesetz Baden-Württemberg – Teil 1 Klimafolgen und Anpassung“ (Klimamonitoringbericht) der Öffentlichkeit präsentiert. Gemäß § 9 Abs. 2 Klimaschutzgesetz ist ab 2016 alle drei Jahre ein Monitoring-Bericht zu erstellen, der die wesentlichen Folgen des Klimawandels sowie die Umsetzung und Wirkung wichtiger Anpassungsmaßnahmen für das Land zusammenfasst. Die LUBW verantwortete im Auftrag des UM die Konzeption des Berichtes, die fachliche Begleitung und die Gesamtkoordination der Erstellung.

Der LUBW obliegt die Gesamtkoordination der planmäßigen Evaluation zur Ökokonto-Verordnung. Bis Ende 2018 sollen das Verfahren, die ökokontofähigen Maßnahmen und die Bewertungsvorgaben überprüft werden. Die schriftliche Befragung aller berührten Akteursgruppen wurde Mitte Oktober abgeschlossen. 412 Ökokonto-Maßnahmen, die im Zeitraum vom April 2011 bis März 2016 genehmigt wurden, sollen anhand eines Kriterienkatalogs auf Plausibilität geprüft werden.

Das Thema PFC hat die LUBW auch 2017 wieder abteilungsübergreifend stark gefordert. Sie bringt ihre Arbeit insbesondere über die Kontaktgruppe PFC beim UM und in die PFC-Stabsstelle beim RP Karlsruhe sowie in Bund-Länder-Gremien ein. Im Auftrag des UM hat die LUBW eine landesweite Probenahme- und Analysenkampagne zum PFC-Eintrag in Böden durch Aufbringung von Kompost und Klärschlamm durchgeführt. Der Abschlussbericht vom August 2017 zeigt, dass über die Schadensfälle in der Region Mittel- und Nordbaden hinaus keine Anhaltspunkte für weitere PFC-Belastungen durch Kompost, Klärschlamm oder

Papierschlämme im Land gefunden wurden. Zur Klärung der allgemeinen PFC-Hintergrundgehalte in Böden des Landes wurden unbelastete Böden untersucht. Im Ergebnis wurde mit weiteren verlässlichen Messdaten die bisher schon festgestellte ubiquitäre Verbreitung einiger PFC-Substanzen auch in unbelasteten Böden von Baden-Württemberg belegt.

Zum Thema „PFC-Belastung in Mittelbaden“ fand im Dezember 2017 eine Bürgerinformationsveranstaltung in Baden-Baden statt, bei der die LUBW den über das Jahr erarbeiteten Zwischenbericht zum „Grundwassermodell Mittelbaden“ und die Modellierung vorstellte. Im Grundwassermodell Mittelbaden wird die Verteilung von PFC-Einträgen in das Grundwasser und die Strömung in den unterschiedlichen Schichten des Grundwasserleiters simuliert und prognostiziert. Damit kann vorhergesagt werden, welche Bereiche des Grundwassers in den nächsten Jahren noch mit PFC belastet werden und welche Konzentrationen wo und wie lange auftreten.

Beim LUBW-Symposium „30 Jahre Altlastenbearbeitung in Baden-Württemberg“ am 12.07.2017 in der IHK Karlsruhe blickten Vertreter des UM, des BMUB und der LUBW auf 30 Jahre erfolgreiche Erfassung, Untersuchung und Sanierung von Altlasten in Baden-Württemberg zurück. Auch das Presseecho rückte ins Bewusstsein, dass die Altlastenbearbeitung im Land noch lange nicht abgeschlossen ist. Das zeigt auch die unverändert hohe Nachfrage der unteren Verwaltungsbehörden an die Expertise der LUBW und zur Teilnahme an den Sitzungen der Bewertungskommission Altlasten.

Die „Regionale Netzstelle Nachhaltigkeitsstrategien Süd (RENN.süd)“ wurde beim Nachhaltigkeitsbüro der LUBW eingerichtet und hat 2017 ihre Arbeit aufgenommen. Als eine von vier bundesweiten Regionalstellen hat RENN.süd den Auftrag, Nachhaltigkeitsinitiativen aus der Zivilgesellschaft zu unterstützen und zu vernetzen. Dazu werden beim Nachhaltigkeitsbüro durch den Bund für fünf Jahre eineinhalb Stellen sowie Veranstaltungen und Publikationen finanziert.

Das externe EMAS-Audit hat 2017 an allen LUBW Standorten erfolgreich stattgefunden. Innerhalb des LUBW Umweltmanagementsystems gibt es keine Abweichungen von den Anforderungen der EMAS-Verordnung. Die Umweltleitlinien der LUBW wurden hinsichtlich der neuen DIN ISO 14001 aktualisiert.

Der Ministerrat hat im Jahr 2014 das Forschungsverbundvorhaben „StickstoffBW“ beschlossen. Es dient der ressortübergreifenden Erarbeitung fachlicher Grundlagen zum Thema „Stickstoffeinträge in die Umwelt“ und wird im Auftrag des UM von der LUBW koordiniert. Im März 2017 ist die technische Bewertungsgrundlage des Stickstoffhaushalts erschienen, ebenso wurden Rasterdaten für die Ammoniakkonzentration und die Stickstoffdeposition in Vorbereitung auf den „Depositionsbericht 2016“ zum Download im Internet eingestellt.

Die bei der LUBW neu eingerichtete „Staatliche Vogelschutzwarte“ hat ihre Arbeit aufgenommen. Sie wurde im November 2017 im Fachausschuss für Naturschutzfragen beim Landesbeirat für Natur- und Umweltschutz im UM und bei der Herbsttagung der Naturschutzverwaltung vorgestellt.

Als Grundlage für die artenschutzrechtliche Beurteilung von geplanten Windenergieanlagen stellt die LUBW Verbreitungskarten windkraftsensibler Vogelarten, wie z.B. Schwarzstorch, Uhu und Wanderfalke bereit. Im Rahmen der landesweiten Kartierung des geschützten Schwarzstorches wurden die Ergebnisse der Revier-

kartierung aus drei Losen im Jahr 2017 abschließend geprüft und die Ergebnisse an die Fachbehörden verschickt.

Die Kartierung geschützter Biotope und der Lebensraumtypen nach FFH-Verordnung bildet eine unverzichtbare Grundlage für die Naturschutzpraxis. Zur Erfüllung der EU-Berichtspflicht nach FFH müssen die Mitgliedsländer alle zwölf Jahre die Biotopkartierung aktualisieren. Die letzte landesweite Erhebung stammt aus den Jahren 1992-2004. In den Landkreisen Göppingen und Breisgau-Hochschwarzwald wurden 2017 von ungefähr 100 Kartiererinnen und Kartierern im gesamten Offenland alle gesetzlich geschützten Biotope und FFH-Lebensraumtypen erfasst. Die LUBW koordiniert die landesweite Biotopkartierung und stellt die plausibilisierten Fach- und Geodaten über das NAIS allen Fachbehörden und der Öffentlichkeit zur Verfügung.

Die Landesregierung beschloss 2017 das „Sonderprogramm zur Förderung der biologischen Vielfalt“ und stellt dazu umfangreiche Mittel zur Erhebung von Grundlagendaten zum Zustand gefährdeter Arten bereit. Neben einem Brutvogel- und Fledermausmonitoring sowie der landesweiten Artenkartierung soll dieses Sonderprogramm auch eine Überwachung der Insektenbestände enthalten, für die aktuellen Studien zufolge Einbrüche von bis zu 80 % zu verzeichnen sind. Damit im Jahr 2018 erste Untersuchungen durchgeführt werden können, hat die LUBW auf Landesebene ein Monitoringkonzept für Insekten erstellt und den Entwurf im Dezember dem UM vorgelegt.

Im Mai 2017 fand das 6. KLIWA-Symposium mit über 200 Teilnehmern statt. Dort wurde der Startschuss zu einem gewässerökologischen Monitoring gegeben, welches durch die KLIWA-Kooperationsländer Baden-Württemberg, Bayern und Rheinland-Pfalz gemeinsam mit dem Land Hessen durchgeführt wird. Mit dem auf mindestens 30 Jahre angelegten Monitoring sollen erstmals langfristige Untersuchungen zur Reaktion der Lebensgemeinschaften auf die durch Klimawandel veränderten Bedingungen in den Gewässern durchgeführt werden.

Im Juli 2017 hat das Land Baden-Württemberg turnusgemäß für zwei Jahre den Vorsitz der Internationalen Gewässerschutzkommission Bodensee (IGKB) übernommen. Die Geschäftsstelle der IGKB ist für diesen Zeitraum beim Institut für Seenforschung (ISF) der LUBW angesiedelt. Damit verbunden ist der Vorsitz des Sachverständigenkreises und verschiedener Unterarbeitsgruppen.

Im Forschungsverbundprojekt „SeeZeichen – Zuflüsse und Grundwasser im Bodensee“ konnte nach zweijähriger Laufzeit am 5. und 6. März 2018 die Abschlussveranstaltung in Langenargen durchgeführt werden. Das Projekt ermöglicht mit einer umfangreichen Kombination von Mess-, Auswerte- und Modellkonzepten, Grundwasserzutritte in Seen zu detektieren. Damit konnten die Grundwassermengen, die in den Bodensee gelangen, abgeschätzt und über die bekannten Konzentrationen der Grundwasserbelastung auch Frachten der Stoffeinträge in den See ermittelt werden. Über ein gekoppeltes Seemodell kann der Weg der Schadstoffe im See verfolgt und so mögliche Belastungen der Trinkwasserentnahmen aus dem See prognostiziert werden.

Die Versorgung der Umweltfachverwaltung mit landesweiten Informations- und Berichtssystemen ist eine zentrale Fachaufgabe der LUBW. Im November 2017 wurde eine neue UIS-Version mit 20 Fachanwendungen aus den Bereichen Wasser, Immissionsschutz, Boden, Abfall (WIBAS) und dem Naturschutzinformati-

onssystem (NAIS) an den Staatlich-Kommunalen Datenverbund, die Regierungspräsidien sowie die unteren Verwaltungsbehörden ausgeliefert. Dabei wurden auch die Geobasisdaten, die eine räumliche Visualisierung der Verhältnisse erlauben, aktualisiert mit ausgeliefert.

Gemäß dem Koalitionsvertrag 2016-2021 soll das Informationstechnische Zentrum der LUBW zum Kompetenzzentrum Angewandte Umweltinformatik weiterentwickelt und ausgebaut werden. Zur grundsätzlichen Aufgabenverteilung zwischen Kompetenzzentrum und BITBW und den notwendigen Schnittstellen wurde eine Projektgruppe mit dem UM eingerichtet. Das Kompetenzzentrum soll im Rahmen der IT-Neuordnung als strategisches Instrument zur Umsetzung eines vorsorgenden, effektiven und nachhaltigen Umwelt-, Natur- und Klimaschutzes sowie der Energiewirtschaft positioniert werden.

Im Zuge der Umsetzung des BITBW-Gesetzes wurden verschiedene Dienste zur BITBW migriert. Dies betrifft die Proxy-Server für das Internet, den Exchange Server mit den Outlook-Postfächern, den VPN- und den Push-Dienst. Das Intranet- und das Internet-Angebot der LUBW wurden im Jahr 2017 in großen Teilen vom ContentManagement System „WebGenesis“ auf „Liferay“ umgestellt.

1.5 Personal

Die LUBW hatte am 31.12.2017 insgesamt 511 (518) aktive Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Im Geschäftsjahr 2017 hatten insgesamt neun Studierende der Dualen Hochschule Baden-Württemberg bei der LUBW ihren Ausbildungsplatz. Zwei Chemielaborantinnen und zwei Bürokauffrauen befanden sich in der Ausbildung.

[...]

Für die Anstaltsangestellten, die vor dem 01.01.2009 eingestellt worden sind, gelten die Regelungen des TÜV-Tarifvertrages. Neueinstellungen im Anstaltsteil erfolgen seit dem 01.01.2009 nach dem am 23.03.2008 abgeschlossenen Haustarifvertrag. Danach finden die gleichen tariflichen Regelungen Anwendung, die auch für Landesbeschäftigte gültig sind. Für das Landespersonal (Landesbeamte und Beschäftigte des Landes) sind die beamtenrechtlichen Bestimmungen bzw. der Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) maßgebend.

[...]

Mit Schreiben vom 26.02.2018 schließt das Landesamt für Besoldung und Versorgung mit Sicherheit aus, dass der LUBW und Ihren Beschäftigten durch die in den Jahren 2008 bis 2014 teilweise fehlerhaften Lohnsteueranmeldungen ein Schaden entstanden ist. Allen Vertragspartnern wurde die Lohnsteuer in korrekter Höhe belastet, die doppelte Abführung der Lohnsteuer erfolgte nicht zu deren Lasten.

2 ERTRAGSLAGE

Die Erträge im Geschäftsjahr 2017 liegen mit TEUR 5.254,5 (TEUR 3.925,2) um TEUR 1.329,3 über dem Wert des Vorjahres. [...]

Im Betrieb gewerblicher Art wurden TEUR 1.781,1 (TEUR 1.359,2) Umsatzerlöse erzielt; davon im Betrieb des Anlagenkatasters TEUR 1.175,1. Den Umsatzerlösen standen direkte Kosten von TEUR 270,7 (TEUR 260,9), Personalaufwand von TEUR 601,6 (TEUR 536,9), Kosten der internen Leistungsverrechnung von TEUR 467,2 (TEUR 413,1) und indirekte Kosten von TEUR 198,5 (TEUR 170,6) gegenüber. Es wird ein Gewinn in Höhe von TEUR 247,3 vor Steuern ausgewiesen.

Aus hoheitlichen Beistandsleistungen konnten TEUR 49,6 (TEUR 50,5) Erträge erzielt werden.

Die sonstigen betrieblichen Erträge beliefen sich auf TEUR 1.803,5 (TEUR 1.683,8). Davon betrugen die zweckgebundenen Zuwendungen Dritter für laufende Projekte TEUR 1.510,5 (TEUR 1.405,7).

[...]

Die Personalkosten betrugen insgesamt TEUR 33.043,7 (TEUR 32.624,5); sie liegen TEUR 328,3 unter dem Planwert. Die Aufwendungen für die Landesbeschäftigten betrugen TEUR 23.875,3 (TEUR 23.543,7) und liegen TEUR 194,7 unter dem Planwert. Die Besetzungsverfahren für die im Staatshaushaltsplan 2017 enthaltenen neuen Stellen wurden alle erfolgreich abgeschlossen.

Die Personalaufwendungen für das Anstaltspersonal betrugen TEUR 9.168,4 (TEUR 9.080,8). [...] Krankheitsbedingte Ausfallzeiten, Veränderungen bei den Teilzeitbeschäftigten und zeitlich verzögerte Nachbesetzungen führten zu einer Unterschreitung des Planwerts um TEUR 133,6.

Der Aufwand für bezogene Leistungen beträgt insgesamt TEUR 28.536,3, er liegt TEUR 3.186,6 über dem Vorjahreswert und TEUR 4.036,3 über dem Plan. Mit den sonstigen Einlagen des Landes werden der LUBW zweckgebundene Mittel für festgelegte Aufgaben zugewiesen. TEUR 21.000 der bezogenen Leistungen betreffen Verträge zur Erfüllung dieser Aufgaben und sind aus sonstigen Einlagen des Landes finanziert. In den Quartalsberichten wurden nach § 6 Abs. 4 der Satzung der LUBW die Planabweichungen aufgezeigt und erläutert.

[...]

Unter Berücksichtigung der Steuern vom Einkommen und Ertrag beträgt das Ergebnis nach Steuern TEUR -67.853,3 (TEUR -65.265,1). Nach Berücksichtigung der sonstigen Steuern ergibt sich ein Jahresfehlbetrag von TEUR -67.860,0 (TEUR -65.272,0).

Dem Jahresfehlbetrag stehen die Einlagen des Landes in das Basiskapital, die sonstigen Einlagen des Landes, der Naturalzuschuss für die Überlassung der Landesbeschäftigten und der Naturalzuschuss für die Überlassung der Liegenschaften gegenüber.

3 FINANZLAGE

Zum 31.12.2017 beträgt das Eigenkapital TEUR 18.176,1 (TEUR 34.959,7). Die Einlagen des Landes liegen mit TEUR 56.436,9 (TEUR 66.494,4) unter dem Jahresfehlbetrag von TEUR -67.860,0 (TEUR -65.272,0). Das Eigenkapital reduziert sich gegenüber dem Vorjahr insgesamt um TEUR 16.783,6; wesentlich beeinflusst durch den Abgang des anstaltseigenen Grundstücks und Gebäudes in Großoberfeld aus dem Anlagevermögen um TEUR 5.360,4 und durch den Abbau der zur Verfügung stehenden liquiden Mittel um TEUR 12.195,0.

Die Einlagen des Landes stellen keine unzulässigen Beihilfen nach Artikel 107 AEUV (Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union) dar.

Im Finanzplan 2017 waren für die LUBW Einlagen des Landes in das Basiskapital in Höhe von TEUR 19.099,3 (TEUR 18.923,6) geplant. Darin enthalten sind TEUR 1.300,0 die im Staatshaushaltsplan 2017 erstmals im Kapitel 1005 „Wasser und Boden“ ausgewiesen wurden. Berücksichtigt wurde eine konkretisierte Globale Minderausgabe von TEUR 1.450,0 die Gegenfinanzierung der Neustellen für das Kompetenzzentrum Immissionsschutz mit TEUR 207,4 und die Sachmittelpauschale für Neustellen im Bereich Naturschutz in Höhe von TEUR 28,0. [...]

[...] Nach den Ausgleichszahlungen für fremdfinanziertes Personal in Höhe TEUR 377,0 standen der LUBW 2017 mit TEUR 17.222,3 TEUR 1.877,0 weniger Einlagen in das Basiskapital als geplant zur Verfügung.

Die sonstigen Einlagen des Landes werden für konkrete Projekte zweckgebunden zugewiesen. Für 2017 war geplant, dass der LUBW sonstige Einlagen des Landes von TEUR 18.000,0 zur Verfügung gestellt werden. Zuweisungsschreiben liegen in Höhe von insgesamt TEUR 18.367,0 vor, überwiesen wurden TEUR 11.954,2 (TEUR 21.121,4). Aus Überträgen des Vorjahres standen TEUR 11.841,1 zur Verfügung. Die 2017 nicht eingesetzten sonstigen Einlagen des Landes in Höhe von TEUR 8.475,7 (TEUR 12.234,6) wurden in das Budget 2018 übertragen.

[...]

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen betrugen TEUR 3.691,4 (TEUR 4.212,6). Die sonstigen Verbindlichkeiten betrugen TEUR 143,8 (TEUR 272,2).

4 VERMÖGENSLAGE

Insgesamt wurden im Geschäftsjahr 2017 Zugänge zum Anlagevermögen in Höhe von TEUR 3.845,5 (TEUR 4.437,3) aktiviert. Die Abschreibungen betrugen TEUR 3.692,4 (TEUR 3.662,7). Das Anlagevermö-

gen reduzierte sich von TEUR 19.894,7 am 31.12.2016 auf TEUR 14.671,9 am 31.12.2017. Auf den Betrieb gewerblicher Art entfallen TEUR 13,7 Investitionen (TEUR 28,8).

Das Land Baden-Württemberg plant für die Unterbringung der LUBW an einem zentralen Standort in Großerfeld einen Neubau. Das Bauprojekt ist als größter Einzelposten bei den landesweiten Bauvorhaben im Staatshaushaltsplan 2018/2019 mit TEUR 56.500,0 etatisiert. Im ersten Bauabschnitt wird neben dem Bestandsgebäude ein Neubau erstellt; im zweiten Bauabschnitt das Bestandsgebäude umgebaut. Mit Notartermin vom 28.11.2017 erfolgte der Erwerb des für den Neubau erforderlichen Grundstücks von der Stadt Karlsruhe durch das Land Baden-Württemberg. Wie mit dem Land vereinbart und vom Verwaltungsrat in seiner Sitzung vom 12.12.2016 beschlossen, wurde zeitgleich das bislang anstaltseigene Grundstück und Gebäude in Großerfeld unentgeltlich an das Land Baden-Württemberg übertragen. Die Eintragung des Eigentumswechsels in das Grundbuch erfolgte am 07.12.2017. Bilanziell ist das Grundstück von diesem Zeitpunkt an dem Erwerber zuzurechnen. Im Anlagevermögen wurde die Immobilie mit dem Restbuchwert von TEUR 5.360,4 ausgebucht. Die Verminderung des Anlagevermögens wird im Jahresabschluss als Sachentnahme gezeigt. Das Eigenkapital wird um den Restbuchwert reduziert.

[...]

Die Liquidität der Anstalt war im Geschäftsjahr 2017 stets ausreichend. Der Zahlungsverkehr der LUBW wird über die Landesoberkasse Baden-Württemberg (LOK) abgewickelt. Die freien Mittel stehen der LUBW im Cash Pool des Landes zur Verfügung. Die liquiden Mittel wurden um TEUR 12.195,0 reduziert und betrugen zum 31.12.2017 TEUR 9.651,9 (TEUR 21.846,9).

Im Zuge der Aufstellung des Staatshaushaltsplans 2018/2019 thematisierte das Finanzministerium die aus seiner Sicht nicht mehr akzeptable hohe Liquidität der LUBW. Vom Umweltministerium und der LUBW wurden verschiedene Maßnahmen gemeinsam umgesetzt, um die Liquidität der LUBW dauerhaft zu reduzieren. Mittelauszahlungen an die LUBW durch das Umweltministerium erfolgen grundsätzlich nur, wenn dies zur Liquiditätssicherung erforderlich ist. Bereits ausbezahlte zweckgebundene sonstige Einlagen des Landes, für die zeitnah kein Liquiditätsbedarf bestand, wurden zur Vorfinanzierung anderer bezogener Leistungen eingesetzt, sofern eine verbindliche Finanzierungszusage vorlag und die vorgegebene Zweckbindung in Abstimmung mit dem Umweltministerium dies zugelassen hat. Im Bereich der sonstigen Einlagen des Landes wurden TEUR 9.778,2 aus Überträgen der Vorjahre eingesetzt.

Den liquiden Mitteln der LUBW stehen Verpflichtungen gegenüber, die vor allem noch offene Bestellobligos, Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, 2017 überwiesene und nicht eingesetzte sonstige Einlagen des Landes und Drittmittel sowie die verfügbaren Mittel für die Nachkonditionierung radioaktiver Altablfälle betreffen.

5 BERICHT ZU CHANCEN UND RISIKEN

Das 1998 in Kraft getretene Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) fordert für alle Kapitalgesellschaften die Einführung eines Risikomanagementsystems. Die LUBW muss nach § 9 Abs. 2 des LUBWG ihren Jahresabschluss entsprechend den Vorschriften für große Kapitalgesellschaften erstellen. Nach § 6 Abs. 5 der LUBW-Satzung ist die LUBW verpflichtet, ein Risikomanagementsystem einzurichten. Im Rahmen des Risikomanagementsystems werden auftretende Risiken nach Risikobereichen gegliedert und entsprechend einer individuell vorgenommenen Risikoeinschätzung bewertet. Das Risikohandbuch und der Bericht Risikomanagement 2017 sind im Intranet der LUBW für alle Beschäftigten zugänglich.

Mit der Satzungsänderung vom 19.07.2013 wurde der Public Corporate Governance Kodex (PCGK) in der LUBW verbindlich eingeführt. Im Corporate Governance Bericht erklären die Präsidentin und der Verwaltungsrat der LUBW insbesondere, dass sämtlichen Empfehlungen des Public Corporate Governance Kodex des Landes Baden-Württemberg entsprochen wurde und diesen Empfehlungen auch künftig entsprochen wird.

[...]

Die Aufgaben der LUBW sind im LUBWG geregelt. Für die Erfüllung dieser Aufgaben entstanden der LUBW 2017 Aufwendungen in Höhe von insgesamt TEUR 73.114,5 (TEUR 69.197,3). Dabei wurden von den bezogenen Leistungen in Höhe von insgesamt TEUR 28.536,3 TEUR 21.000,0 aus sonstigen Einlagen des Landes finanziert, dies entspricht einem Anteil von 73,4 %. Mit den sonstigen Einlagen des Landes werden der LUBW zweckgebundene Mittel für festgelegte Aufgaben zugewiesen. Es ist darauf zu achten, dass trotz dieser Finanzierungsstruktur der Handlungs- und Gestaltungsspielraum der LUBW nicht eingeschränkt wird.

Die Landesregierung ist verpflichtet, bis 2020 die Neuverschuldung auf null zu reduzieren. Bei der Aufstellung des Staatshaushaltsplans 2018/2019 wurden vom Finanzministerium Konsolidierungsmaßnahmen umgesetzt. Daraus ergeben sich für die LUBW Einsparungen von TEUR 512,0 im Jahr 2018 und zusätzliche Einsparungen von TEUR 412,3 im Jahr 2019. Die mittelfristige Wirtschaftsplanung geht dennoch davon aus, dass die Einlagen des Landes in das Basiskapital dauerhaft auf dem Niveau des Geschäftsjahres 2018 in Höhe von TEUR 20.130,8 liegen. Mit diesen Einlagen wird allerdings auch ein geplanter Mehrbedarf für die IT-Neuordnung, den BK-Standardarbeitsplatz 2020 und die Migration BITBW finanziert, der für 2018 mit TEUR 1.255,0 und ab 2019 mit TEUR 1.142,0 veranschlagt ist.

Aktuelle politische Schwerpunktsetzungen beeinflussen die Tätigkeitsfelder der LUBW. In Abstimmung mit den Ministerien werden im Jahresarbeitsprogramm bereichsübergreifende Schwerpunkte gebildet, wie zum Beispiel Regionale Netzstelle Nachhaltigkeitsstrategien (RENN.süd), die Bearbeitung der PFC-Problematik und der Energieatlas Baden-Württemberg. Werden der LUBW für neue Schwerpunkte wie bisher entsprechende Ressourcen zur Verfügung gestellt, bietet sich die Chance, neue Aufgaben und Tätigkeitsfelder zu erschließen. Sofern aus haushaltspolitischen Gründen die Ressourcen nicht zur Verfügung gestellt werden

können, muss die LUBW die Ressourcen aus eigenen Mitteln zur Verfügung stellen. Dies schließt das Risiko ein, dass die LUBW ihre gesetzlichen Aufgaben nicht mehr in vollem Umfang erfüllen kann.

Vor dem Hintergrund von Haushaltskonsolidierung und Schuldenbremse 2020 wurde in einem umfassenden Strategieprozess die künftige strategische Ausrichtung der LUBW festgelegt.

Der Verwaltungsrat hat in der 22. Sitzung den Strategiebericht LUBW 2020 zustimmend zur Kenntnis genommen und die LUBW mit der Umsetzung beauftragt. Die Strategiediskussion als eine wichtige Plattform, um die LUBW zukunftsfähig weiter zu entwickeln, wird in den nächsten Jahren fortgesetzt.

Am 01.07.2015 ist das Gesetz zur Errichtung der BITBW, einer zentralen Landesoberbehörde für Informationstechnik, in Kraft getreten. Aufgaben, die gemäß LUBWG bei der LUBW verankert sind, insbesondere Entwicklung, Betrieb, Pflege und Betreuung von IuK-Fachverfahren und zentralen landesweiten Datenbanken im Umweltbereich, sollen in mehreren Stufen an BITBW übertragen werden. Die Errichtung der BITBW hat direkte Auswirkungen auf die Arbeit und Organisation der LUBW und beinhaltet Chancen und Risiken für die künftige Entwicklung.

Weitere wirtschaftliche und finanzielle Risiken, welche die Entwicklung der LUBW, die Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage nachhaltig beeinträchtigen oder gefährden könnten, sind nicht erkennbar.

6 PROGNOSEBERICHT

Im Staatshaushaltsplan 2018/2019 werden als Zuschuss in das Basiskapital der LUBW für 2018 TEUR 20.130,8 und für 2019 TEUR 20.633,9 ausgewiesen. Darin enthalten sind jeweils TEUR 1.300,0, die im Staatshaushaltsplan im Kapitel 1005 „Wasser und Boden“ ausgewiesen werden sowie TEUR 1.255,0 bzw. TEUR 1.142,0 für die IT-Neuordnung, den BK-Standardarbeitsplatz 2020 und die Migration BITBW. Als Einsparung wurde ein Konsolidierungsbeitrag von TEUR 512,0, bzw. TEUR 412,3 berücksichtigt.

[...]

Der Verwaltungsrat hat in der 26. ordentlichen Sitzung am 04.12.2017 dem Wirtschaftsplan 2018 mit Jahresarbeitsprogramm, Erfolgsplan, Finanzplan, Investitionsplan, Stellenübersicht und fünfjähriger vorausschauender Wirtschaftsplanung zugestimmt. Der Wirtschaftsplan wurde vom Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft mit Schreiben vom 14.02.2018 genehmigt.

Für 2018 wurde geplant, dass der LUBW sonstige Einlagen des Landes in Höhe von TEUR 18.000,0 zugewiesen werden. Zusätzlich sind im Wirtschaftsplan aus den Überträgen der Vorjahre TEUR 2.000,0 sonstige Einlagen des Landes im Finanzplan berücksichtigt. Wesentliche Fachaufgaben, die durch die sonstigen Einlagen des Landes finanziert werden, sind: Fließgewässermonitoring nach Wasserrahmenrichtlinie, Grundwasserschutz im Rahmen der Schutzgebiets- und Ausgleichsverordnung (SchALVO), Pegelmessnetz der Fließgewässer, Monitoring gefährdeter Arten- und Lebensraumtypen nach FFH-Richtlinie, das Verbundvor-

haben StickstoffBW sowie der Betrieb des Informationssystems WIBAS und der RIPS-Geodateninfrastruktur.

Der Erfolgsplan weist für das Geschäftsjahr 2018 einen Fehlbetrag in Höhe von TEUR 70.001,4 aus, der über die im Finanzplan dargestellten Deckungsmittel und einen weiteren Abbau der Liquidität um TEUR 2.000,0 ausgeglichen wird. Im Geschäftsjahr 2018 sind Erträge in Höhe von TEUR 4.350,0 geplant, davon TEUR 1.700,0 Umsatz im Betrieb gewerblicher Art. Die Planung der Aufwendungen für „Landespersonal“ sowie für „Gehälter und soziale Aufwendungen“ berücksichtigt die jeweils zu erwartenden Tarifsteigerungen und die Kosten für Stufen- und Zeitaufstiege. Im Staatshaushaltsplan 2018/2019 sind im Kapitel 1010 für 2018 TEUR 1.472,9 und für 2019 TEUR 1.854,8 für zusätzliche Personalstellen zur Stärkung der Umwelt- und Naturschutzverwaltung enthalten. Im Wirtschaftsplan 2018 sind Investitionen in Höhe von TEUR 3.500,0 vorgesehen. Damit sind die geplanten Investitionen geringer als die erwarteten Abschreibungen von TEUR 3.800,0.

Mit den Einlagen des Landes in das Basiskapital, die der LUBW nach derzeitiger Planung im Geschäftsjahr 2018 zur Verfügung stehen, und mit den in Aussicht gestellten sonstigen Einlagen des Landes können aus heutiger Sicht die Aufgaben des Jahresarbeitsprogramms 2018 im geplanten Umfang umgesetzt werden.

Karlsruhe, den 31. März 2018



Eva Bell
Präsidentin